



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0008/2013		Datum:	21.01.2013
Verfasser:	05-FDP-Ratsfraktion	Az:		
Gremienweg:				
01.02.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
Betreff: Antrag der FDP-Fraktion Lokale Agenda				

Beschlussentwurf:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen, mit dem Ziel, die Geschäftsführung des Lokalen Agenda 21 (LA-21) Prozesses so weit wie möglich in die Verantwortung ehrenamtlich Tätiger zu überführen.

Das Konzept soll insbesondere folgende Fragen klären:

- 1) In welcher Form wird die ehrenamtliche Geschäftsführung des LA-21-Prozesses am besten organisiert?
- 2) Welche Zuschüsse (Zweck und Höhe) muss die ehrenamtliche Geschäftsführung des LA-21-Prozesses seitens der Stadt erhalten?
- 3) Welche Aufgaben müssen weiterhin durch die Stadtverwaltung wahrgenommen werden, und welchen Aufwand werden diese Aufgaben in der Stadtverwaltung voraussichtlich verursachen?
- 4) Wie wird sichergestellt, dass Vorschläge und Anregungen aus dem LA-21-Prozess auch tatsächlich an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gelangen?
- 5) Zu welchem Zeitpunkt kann voraussichtlich die Übergabe der Verantwortung erfolgen?

Begründung:

Seit knapp 14 Jahren führt die Stadt Koblenz einen LA-21-Prozess durch, aufbauend auf dem Aktionsplan Agenda 21 der Vereinten Nationen. Einige der 17 Gruppen stellten ihre Tätigkeit im Laufe der Zeit ein. Auf der Internetseite der Stadt Koblenz findet man hierzu einen groben Überblick.

Ziel des LA-21-Prozesses ist die

„Erarbeitung und Umsetzung konkreter Maßnahmen, die ein Beitrag zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Umweltbereich und im sozialen und wirtschaftlichen Umfeld sind“.

Hierfür sind für im Haushaltsjahr 2013 insgesamt 111 TEUR in den Haushalt eingestellt, in den Folgejahren 112, 113 und 114 TEUR.

Die Administration der Gruppen liegt ausschließlich beim Umweltamt. Das dort angesiedelte Agenda-Büro nimmt für die Gruppen die Geschäftsführung wahr. Die Aufgabe reicht von der Beschaffung von Räumlichkeiten, über den fristgerechten Versand von Einladungen, die Erstellung von Protokollen bis zur Sitzungsleitung. Auch die Vermittlung zwischen den Gruppen, an die Verwaltung und an die Politik obliegt dem Agenda-Büro. Förderanträge oder Bewerbungen um Zuwendungen von Stiftungen oder um Umweltpreise werden durch das Agenda-Büro – oft in Zusammenarbeit mit der Integrierten Umweltberatung des Landkreises Mayen-Koblenz – erarbeitet und gestellt.

Darüber hinaus gibt es in jedem Dezernat der Stadtverwaltung einen Agenda-Beauftragten.

Beim LA-21-Prozess werden in Zukunft laut Auskunft des Umweltamtes

1. die Themen Luft und Lärm an Bedeutung gewinnen,
2. die Bürger bei der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes gefragt sein.

Laut Bericht der Verwaltung konnte bisher eine Vielzahl von Personen für die ehrenamtliche Mitarbeit für die LA- 21 gewonnen werden. Das Umweltamt verweist in einer Stellungnahme zur LA-21, dass bei der Fortschreibung des Prozesses **eine Beteiligung der Bürger über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus**, erforderlich ist. Dem soll das Konzept Rechnung tragen.

Zugleich soll das Konzept darstellen, ob und in welcher Form trotz der schwierigen Haushaltssituation eine erfolgreiche Fortsetzung des LA-21-Prozesses bei deutlicher Reduzierung des Verwaltungsaufwandes möglich ist. Durch die Übernahme von Aufgaben durch engagierte Ehrenamtliche kann die notwendige Aufwandsreduzierung erfolgreich umgesetzt werden. Sicherlich werden auch weiterhin einige Aufgaben von der Verwaltung wahrgenommen werden müssen. Gleichwohl können viele Tätigkeiten, die derzeit das Agenda-Büro verrichtet, ebenso von ehrenamtlichen Helfern übernommen werden. Das zu entwickelnde Konzept soll daher die zukünftige Aufgabenverteilung zwischen Verwaltung und Ehrenamtlichen, als auch den erforderlichen Zuschussbedarf klären, damit die zukünftigen LA-21-Koordinatoren ihre neuen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen können. Darüber hinaus muss klarer als bisher definiert werden, wie die Ergebnisse des LA-21-Prozesses an die Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung weitergegeben werden, um die Wirksamkeit der LA-21-Bemühungen zu erhöhen.

Birgit Hoernchen
Fraktionsvorsitzende